

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
163 · Ausgabe CH · Juni 2016  
AZB 3001 Bern

SP

Michael Arn

## «Politik ist mein Leben»

Im April ist der ehemalige SP-Präsident Helmut Hubacher neunzig geworden. Das ist für ihn aber noch lange kein Grund zurückzulehnen. Seiten 2 bis 4

### RECHTE MEHRHEIT

Die neue rechte Mehrheit im Parlament fährt die Staatsfinanzen voll an die Wand: In nur einem halben Jahr hat sie Geschenke im Umfang von gut 7 Milliarden für ihre Klientel beschlossen. Seiten 6 und 7

### USR III

Die Reformierung der Unternehmenssteuer ist zu einer besonders schamlosen Steuersenkungsrunde zugunsten von Unternehmern und Kapitaleignern geworden. Das Referendum der SP ist so gut wie sicher. Seite 15

# «Die SPD müsste sich schämen»

**HELMUT HUBACHER ÜBER DEN VERRAT DER SPD AN DEN ARBEITNEHMENDEN, DIE FLÜCHTLINGS- UND EUROPAPOLITIK ALS DAUERTHEMEN DER RECHTEN UND DIE ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS.**

Helmut, du bist eben neunzig geworden, vor fast zwanzig Jahren bist du als Nationalrat zurückgetreten. Eigentlich könntest du zurücklehnen, was hindert dich daran?

Politik ist mein Leben, ich kann das nicht einfach abstellen. Nach meinem Rücktritt als Nationalrat bin ich als Bürger in die Politik zurückgekehrt. Im Bundeshaus war ich aber nie mehr.

Welches sind die Fragen, die dich heute beschäftigen?

Der Zustand der SP Schweiz – ein ewiges Thema –, die Flüchtlingskrise, der Zustand der europäischen Sozialdemokratie, das Verhältnis zur EU.

Was ist los mit der Sozialdemokratie?

Als ich Parteipräsident war, wehte ein leichter linker Wind in die Schweiz. In Deutschland war Willy Brandt Parteivorsitzender, in Österreich regierte Bruno Kreisky mit absoluter Mehrheit, in Skandinavien waren noch alle vier Länder in sozialdemokratischer Hand. Es herrschte ein gutes Klima, ein Brandt war auch in der Schweiz sehr beliebt. Heute hat die SPD Umfragewerte von 20 Prozent, für die österreichische SP gilt dasselbe und François Hollande ist auch kein Aufsteller. Wir sind in einer verschissenen Situation. Der einzige Hoffnungsträger ist Matteo Renzi, allerdings in einem Land, das unter Berlusconi während zwanzig Jahren stillstand und in dem die Mafia den Staat unterwandert.

Was ist schiefgelaufen?

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sagte kürzlich in einem Interview, er könne sich die Misere der SPD nicht erklären. Seine Partei habe ihre Forderungen in der Grossen Koalition durchgesetzt, vor allem der Mindestlohn sei ein grosser Sieg. Ja gopfertoori, der Mindestlohn beträgt 8 Euro 50, das macht rund 1625 Euro im Monat. Das soll ein grosser Erfolg sein?! Die SPD müsste sich dafür schämen! Der ehemalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Interessen der Arbeitnehmenden verraten. Als Folge seiner Hartz-4-Reform gibt es heute in Deutschland dreieinhalb Millionen sogenannte Geringverdiener, die von ihrem Lohn kaum leben können. In dem die SPD die Interessen der Arbeitnehmenden missachtet hat, hat sie ihr Gesicht verloren. Ich kann es nicht anders sagen. Jetzt haben sie in Baden-Württemberg noch 12,7 Prozent.

Auch in der Schweiz wählen die Arbeiterinnen und Arbeiter immer weniger sozialdemokratisch.

Vierzig Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter wählen heute SVP. Warum? Wegen der Ausländerfrage. Diese Tendenz hat schon zu meiner Zeit angefangen. Bei der zweiten «Überfremdungsinitiative» 1974 war ich an einem Podium, während dessen mich einer ständig unterbrach: Es war Malermeister

Interview  
Andrea Bauer

Muffler, ein verbrieftter Nazi. Ich ging zu ihm und sagte: «Halt deine Schnauze, du bist und bleibst ein Nazi.» Ich habe nie so viele Reaktionen erhalten wie damals. Von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Sympathisanten. «Jetzt sitzen wir wegen der Ausländerfrage im gleichen Boot wie dieser Nazi», sagten sie. Das hat sie fast verrissen.

Die österreichischen Sozialdemokraten haben in den letzten Monaten die Rezepte der Rechten übernommen und sind damit grausam gescheitert.

Kanzler Faymann hat das Gleiche gemacht wie dieser gruusige Siech in Ungarn, Viktor Orban: Drahtzäune hochziehen. Was ist passiert? Bei der Bundespräsidentenwahl hat der SPÖ-Vertreter gerade noch zehn Prozent gemacht. Die Bürger wählen das Original, nicht die Kopie. Zudem verliert die Sozialdemokratie damit den letzten Respekt. Merkel hat mit ihrer Flüchtlingspolitik ein Zeichen gesetzt. Das konnte sie aber nicht lange durchstehen, sonst hätte sie über kurz oder lang die Mehrheit verloren.

Was ist die Lösung?

Die habe auch ich nicht. Ich hätte mir gewünscht, dass Simonetta Sommaruga das Migrationsdossier an einen SVP-Bundesrat abgibt. Die SVP hat mit dem Flüchtlingsthema die Wahlen gewonnen, jetzt sollen sie gefälligst die Verantwortung übernehmen. Simonetta will halt die Reform im Asylwesen zu Ende bringen. Aber das Problem ist unlösbar. Seit den 70er-Jahren ist das Ausländer- und Flüchtlingsthema die Nummer 1.

Und die Nummer 2?

Das ist die EU. Die SVP braucht ein Feindbild. Im Kalten Krieg hiess es Moskau. Wenn ich früher irgendeine Rüstungsvorlage bekämpfte, rief der Freisinnige Friedrich «Moskau einfach!» in den Saal. Dieses Feindbild ist weg, jetzt ist es die EU. Gemäss der SVP will die EU uns kolonialisieren, uns die Souveränität nehmen. Die SVP ist bereit, einen Bruch mit der EU hinzunehmen. Ausser Christoph Blochers Tochter kenne ich aber keine Unternehmer, die der Meinung sind, dass wir uns das wirtschaftlich leisten können. Das ist ein Widerspruch, den wir bei den Wahlen mehr hätten betonen müssen.

Seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ist die Schweiz in der Europa-Politik blockiert. Wie muss sich die Linke verhalten?

Für viele Leute sind wir die Partei, die unbedingt in die EU will. Die Schweizer Bevölkerung wird aber erst dann für einen Beitritt zu haben sein, wenn die Nichtmitgliedschaft ihr im Portmonee wehtut. Wenn der letzte Löu sagt: «Unser Abseitsstehen hat nichts als Nachteile, so kann es nicht weitergehen.» Solan-



«Im heutigen System schafft man es gar nicht mehr, genug zu korrigieren, damit es lebenswert bleibt.»



Michael Arn

Helmut Hubacher (1926) ist seit 1947 Mitglied der SP. Von 1956 bis 1968 war er Grossrat von Basel-Stadt, von 1963 bis 1997 vertrat er die SP im Nationalrat. Zwischen 1975 und 1990 war er Parteipräsident. Heute arbeitet er als Kolumnist und Publizist (u. a. «Das Wort zum Montag», 2015; «Hubachers Blocher», 2014).

ge dieses Gefühl nicht aufkommt, ist ein Beitritt nicht mehrheitsfähig. Und die SP kann nicht eine Position vertreten, die im Volk nicht ankommt. Das gibt keine Stimmen bei den Wahlen. Laut Umfragen sind ja nicht mal unsere eigenen Wähler für einen Beitritt. Wenn es als langfristiges Ziel im Programm ist, habe ich aber nichts dagegen.

**Mit welchen Themen sollen wir denn noch Politik machen? Das Parlament rückt zunehmend nach rechts, es wird zunehmend schwieriger, Lösungen zu finden.**

Die rechte Mehrheit ist nichts Neues. Es gibt wohl kein anderes Land, in dem seit 1848 immer die Gleichen, nämlich die Bürgerlichen, die Macht haben – das ist unglaublich. Als ich in die Politik einstieg, war die FDP die stärkste Partei. Eine knallharte Wirtschaftspartei, aber noch kompromissbereit. Der Freisinn erwischte immer noch die Linkskurve, damit es den Kessel nicht verjagte. Die SP hat den Kapitalismus sozialverträglicher gemacht, andernfalls wären die Bürgerlichen weggefeht worden.

**Gegenwärtig ist weit und breit keine Linkskurve in Sicht. Was können wir von der Reform der Altersvorsorge erwarten, die zurzeit im Parlament ist?**

Es war ein freisinniger Bundesrat, Walter Stampfli, der zusammen mit dem Chef des Gewerkschaftsbundes Robert Bratschi die AHV aufgleiste. Eine Wahnsinnsleistung. Das wäre heute nicht mehr vorstellbar. Die 11. AHV-Revision ist seit 16 Jahren in der Pipeline. Wir sind mittlerweile beim fünften Anlauf und es ist langsam Zeit für eine Lösung. Die Vorlage, die der Ständerat noch in alter Zusammensetzung vor den letzten Wahlen verabschiedet hat, wird keine Chance mehr haben. Die beschlossene Rentenerhöhung ist gestorben. Dabei sind die Zinseinnahmen bei der zweiten Säule so massiv gesunken, dass eigentlich auch ein Bürgerlicher nun sagen müsste: «Stärken wir wenigstens die AHV!» Wenn sie nicht dazu bereit sind, werden wir wieder das Referendum ergreifen. Bei der AHV habe ich keine Angst. Dieses Referendum gewinnen wir. Die Leute lassen sich ihre AHV nicht kaputt machen. So können wir das Schlimmste abwenden, haben aber immer noch keine Lösung.

**Wollen die Bürgerlichen überhaupt eine Lösung? Oder wollen sie diese Reform an die Wand fahren, damit der Druck beim nächsten Anlauf noch höher ist und sie drastischere Massnahmen durchbringen?**

Wenn die Bürgerlichen mit der AHV Konkurspolitik machen, dann geht das hinten raus. Wenn sie neben der EU- und der Flüchtlingspolitik auch noch die AHV schwimmen lassen, halten sie nicht lange durch.

**Scheitern wir Sozialdemokraten schlussendlich daran, dass wir echte Lösungen für grosse Probleme suchen und uns daran die Zähne ausbeissen?**

Erhard Eppler, ein Vordenker der SPD, sagt: Es reicht nicht mehr, punktuelle Erfolge zu haben, wie etwa mit dem Mindestlohn. Wir brauchen eine grössere Perspektive als Alternative zum Marktradikalismus, in dem alles nur noch auf den Profit ausgerichtet ist. Und wir brauchen die entsprechenden politischen Figuren, die sie vertreten können. Im heutigen System schafft man es gar nicht mehr, genug zu korrigieren, damit es lebenswert bleibt. Auf Dauer wird es irgendwann mal kollabieren. **Dann lassen wir die Überwindung des Kapitalismus im Parteiprogramm?**

Ja. Ich fand das nie falsch. Ich war stets der Meinung, dass die SP nicht den Bruch mit der sozialen Marktwirtschaft suchen sollte. Sie bringt Wohlstand für alle. Nur leben wir heute nicht in einer sozialen Marktwirtschaft, sondern im Raubtierkapitalismus. Den müssen wir überwinden. Die soziale Marktwirtschaft wäre eine Revolution.



Die Milchkühe haben ausgemuht. Auch sonst war der 5. Juni ein guter Abstimmungssonntag.

# Ein Sonntag der guten Zeichen

**DAS WAR EIN GUTER ABSTIMMUNGSSONNTAG. DIE ABSTIMMUNGSRISULTATE VOM 5. JUNI LASSEN AUFATMEN. UND SIE VERHEISSEN GUTES IM HINBLICK AUF DEN KAMPF GEGEN EINE MASSLOS ÜBERLADENE UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III, UND DEN KAMPF GEGEN RENTENKÜRZUNGEN UND DIE ERHÖHUNG DES RENTALTERS IM RAHMEN DER ALTERSVORSORGEREFORM 2020.**

Wenn über zwei Drittel der Stimmbevölkerung nicht mehr Geld für Strassenbau ausgeben und Sorge zu den Bundesfinanzen tragen will, dann ist das ein gutes Zeichen für den öffentlichen Verkehr sowie den Velo- und Fussverkehr. Die Milchkühe haben ausgemuht. Im Hinblick auf die Behandlung des Strassenfonds muss deshalb auch allen klar sein, dass eine vernünftige Erhöhung des Benzinpreises (nach notabene 30 (!) Jahren) für die Finanzierung unabdingbar ist. Alles andere wäre zum Scheitern verurteilt.

Wenn zwei Drittel der Stimmbevölkerung für die Beschleunigung der Asylverfahren und den gleichzeitigen Ausbau des Rechtsschutzes votieren, dann ist das ein gutes Zeichen für die Asylsuchenden und alle, die konstruktive Lösungen für die Herausforderungen im Asylbereich suchen. Wenn sich FDP und CVP noch am gleichen Tag reflexartig der SVP an die Brust werfen und in die Verschärfungsrhetorik verfallen, dann sollten sie sehr genau überlegen, was sie tun. Die primären Aufgaben, die sich in der Asylpolitik stellen, heissen geordnete Aufnahme, Prüfung der Schutzbedürftigkeit, Unterbringung und Integration derjenigen, die in der Schweiz bleiben. Hier erwartet die Bevölkerung Lösungen und keine Problembewirtschaftung. Diesen Weg wird die SP weitergehen.

Wenn eine Mehrheit der Stimmbevölkerung den Service public nicht mit einem unklaren und untauglichen Verfassungstext gefährden will, dann ist das ein gutes Zeichen für einen starken und breiten

Service public in öffentlicher Hand. Es bedeutet einerseits eine Absage an jegliche Privatisierungsgelüste von rechts. Es ist aber andererseits auch ein Wink mit dem Betonpfeiler an die überrissenen Kaderlöhne in den Chefetagen von Swisscom, SBB und Co. Diese müssen runter und für dieses Anliegen konnte die SP bereits Verbündete aus allen Lagern gewinnen. Auch hier geht die politische Arbeit weiter.

Wenn eine Mehrheit der Stimmbevölkerung einen grundlegenden Systemwechsel mit dem bedingungslosen Grundeinkommen ablehnt, dann ist das ein gutes Zeichen für eine starke AHV und gute Löhne. Es ist ein Vertrauensbeweis für unseren Sozialstaat und gleichzeitig ein Auftrag, Löhne und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Denn unser vordringliches und reales Ziel bleibt, möglichst vielen Menschen einen zufriedenstellenden Platz in der Arbeitswelt zu bieten. Das erreicht man mit guter Ausbildung, fairen Arbeitsbedingungen und starken Sozialversicherungen.

Was bleibt? Dieser Abstimmungssonntag verheisst Gutes. Im Hinblick auf den Kampf gegen eine masslos überladene Unternehmenssteuerreform III, die ausser grossen Milliardenlöchern für die Allgemeinheit nichts hinterlässt – wie auch auf den Kampf gegen Rentenkürzungen und gegen die Erhöhung des Rentenalters im Rahmen der Altersvorsorgereform 2020, wo die SP auf die Stimmbevölkerung zählen können.

Flavia Wasserfallen

## STANDPUNKT



### Bald tickt die ganze Schweiz links!

Am 5. Juni 2016 geschah in der Innerschweiz, genauer in Luzern, Historisches: Ein Roter bugsierte den amtierenden CVP-Stadtpäsidenten Stefan Roth aus dem Amt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt wird mit Beat Züsli ein sozialdemokratischer Stadtpäsident regieren. Am gleichen Sonntag legte die SP in der Stadt Chur in der Gemeindewahl um 4,2 % zu, ebenfalls ein eindrückliches Resultat. Diese Erfolgsgeschichte der SP Stadt Luzern und ihres Kandidaten krönt eine Bilanz der SP in den Städten, die sich sehen lässt. In den eidgenössischen Wahlen 2015 erreichte die SP in den acht grössten Städten im Schnitt einen Wähleranteil von 28,5 %, was ein Plus von 1,9 % bedeutet. Frappant waren die Ergebnisse in den grossen Städten der Deutschschweiz: Zürich 31,3% (+2,7 %), Basel 33,3 % (+4,2 %) und Bern 34,2 % (+3,7 %). Ab dem 1. Juli wird die SP neu auch in Lausanne das Stadtpresidium innehaben. Die fünf grössten Städte sind links-grün regiert. Warum ist das so? Sind es eher linke Menschen, die in der Stadt wohnen und in urbane Gebiete ziehen, während es rechts Gesinnte aufs Land zieht? Oder ist es der gute Job der links-grünen Kräfte, der von den Wählerinnen und Wählern belohnt wird? Oder ist es am Ende gar eine nicht auflösende Huhn-oder-Ei-Frage? Die SP bietet progressive Politik an, die es erlaubt, energieeffizient zu leben, sich umweltfreundlich zu bewegen, die Kombination von Familie und Beruf besser zu meistern, ein vielfältiges Kulturangebot zu geniessen oder schlicht bezahlbar zu wohnen. Diese progressive Politik ist aber nur möglich, weil sie gewünscht und politisch honoriert wird von Menschen, die keine Angst vor Fremden und Neuem haben, die ein Zusammenleben mit verschiedensten Menschen als Chance sehen. Unsere Vision muss es sein, diese optimistische, angstfreie und offene Form des Zusammenlebens und der politischen Antworten auch auf die Agglomerationen und ländlichen Gebiete ausweiten zu können. Erfüllen wir also unsere politische Verantwortung in den urbanen Zentren beherzt und gut. So wird der Zustrom an Zuziehenden vom Land in die Stadt anhalten, so erobern wir auch die Agglomerationen, und so wird bald die ganze Schweiz links ticken!

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Was bleibt, ist ein schwarzes Loch. Selbst wenn der Bund alle Angestellten entliesse, könnte er die Mindereinnahmen von rund 7,1 Milliarden Franken nicht kompensieren.

# Das lassen wir nicht durch!

**DIE NEUE BÜRGERLICHE MEHRHEIT TREIBT BUND, KANTONE UND GEMEINDEN MIT RIESIGEN SCHRITTEN IN DIE SCHULDENFALLE. ALLEIN BEIM BUND WILL SIE UNS EIN WIEDERKEHRENDES BUDGETLOCH VON SIEBEN MILLIARDEN AUFBÜRDEN. BEZAHLEN MÜSSEN DAS DIE LEUTE, DIE VON LOHN UND RENTE LEBEN. DAS WERDEN WIR VERHINDERN. UNSER WIDERSTAND IST SICHER.**

Die SP sorgt für solide öffentliche Finanzen. Das beweist sie zum Beispiel in Basel-Stadt. Seit zwölf Jahren stellt Rot-Grün dort die Mehrheit. Nach über fünfzig bürgerlich dominierten Jahren übernahm sie 2005 einen defizitären, hoch verschuldeten Kanton. Seither schreibt der Kanton wieder schwarze Zahlen. Die Finanzministerin Eva Herzog (SP) hat in elf Jahren die Schulden gedrittelt und die Pensionskasse saniert. Mit einer sozialen Steuerreform konnte sie sogar das Existenzminimum von Steuern befreien und die unteren Einkommensschichten entlasten. Und was ist das Geheimrezept dieser Politik? – Es gibt keine Steuergeschenke, die wir uns nicht leisten können.

## Als gäbe es kein Morgen

Wie man die Staatsfinanzen hingegen mit Vollgas an die Wand fährt, zeigt die neue bürgerliche Mehrheit im Nationalrat. Sie politisiert, als gäbe es kein Morgen. Was sie in nur einem halben Jahr alles an Geschenken beschlossen oder angekündigt hat, spottet jeglicher Vernunft. Die Mehrausgaben für die Armee von jährlich 0,3 Milliarden und den Strassenbau (NAV) von 0,7 Milliar-

den nehmen sich dabei noch recht bescheiden aus. Den Bauern, die Bauland verkaufen, wollen sie 0,4 Milliarden schenken. Mit der Unternehmenssteuerreform (USR III) machen sie Geschenke, welche den Bund etwa 1,4 Milliarden kosten. Und das notabene nur an Unternehmen, die Gewinne schreiben, nicht etwa an die vielen anderen. Die Bitte der Kantone, das Fuder nicht zu überladen, überhörten die Parteien, die im Bundesrat die Mehrheit stellen, demonstrativ. Das ist aber längst nicht alles. SVP, FDP und CVP haben in der WAK auch noch beschlossen, die Finanzbranche zu beschenken und sämtliche Stempelabgaben abzuschaffen. Das würde nochmals satte 2,3 Milliarden Franken kosten. Und schliesslich will die bürgerliche Mehrheit auch noch die kaum mehr existente Heiratsstrafe abschaffen, ohne dass es dabei Verlierer geben soll, was die Bundeseinnahmen um weitere rund zwei Milliarden verschlechtern könnte. Mit all diesen Geschenken wird der Bundeshaushalt gegen den Widerstand der SP um jährlich gut sieben Milliarden Franken verschlechtert. Hinzu kommen kaum bezifferbare Milliardenlöcher bei Kantonen und Ge-

meinden. Sieben Milliarden Franken sind eine gigantische Summe. Selbst wenn der Bund alle Angestellten entliesse, könnte er diese Mindereinnahmen nicht auffangen.

## SP ergreift Referendum

Unsere Frage, woher das Geld für die Geschenke kommen soll, haben SVP und Co. nie beantwortet. Bundesrat Maurer hingegen schon. Angesichts der sowieso drohenden Defizite, so der Finanzminister, müsse der Bund die sogenannten gebundenen Ausgaben kürzen. Dazu gehören die Ergänzungsleistungen und die AHV, welche zu zwanzig Prozent aus der Bundeskasse alimentiert wird. Viele Kantone und zahlreiche Gemeinden müssten zudem die Einkommenssteuern erhöhen. Die Antwort, die uns die Bürgerlichen vorenthalten, ist also klar: Die Steuergeschenke an die Vermögenden und die Bauern bezahlen die Rentnerinnen und der Mittelstand. Das werden wir verhindern. Deshalb hat die SP Opposition angekündigt. Sie wird gegen die Unternehmenssteuerreform das Referendum ergreifen. Und es wird nicht unser letztes sein.

Beat Jans ist Nationalrat BS

Wie man die Staatsfinanzen mit Vollgas an die Wand fährt, zeigt die neue Mehrheit im Nationalrat.

**SO VIEL KOSTET  
UNS DIE POLITIK  
DER BÜRGER-  
LICHEN**
**-2,3 Mrd.**  
Abschaffung  
Stempelabgaben

**-2 Mrd.**  
Abschaffung  
Heiratsstrafe

**-1,4 Mrd.**  
USR III

**-0,7 Mrd.**  
Strassenbau

**-0,4 Mrd.**  
Steuerprivileg  
Bauern

**-0,3 Mrd.**  
Armee

# «Es braucht jetzt mehr denn je eine starke SP»

**CHRISTIAN LEVRAT WIRD DIE SP ALS PRÄSIDENT IN DIE WAHLEN 2019 FÜHREN. IN DER LAUFENDEN LEGISLATUR WERDE DIE PARTEI VERMEHRT AUSSERHALB DES PARLAMENTS MEHRHEITEN BESCHAFFEN MÜSSEN, SAGT ER. DABEI BLEIBE ABER AUCH PLATZ FÜR EIGENE PROJEKTE.**



**Christian, du bleibst bis zu den Wahlen 2019 Präsident. Was hat dich zu diesem Entscheid bewegt?**

Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament sowie die bevorstehenden Aufgaben für die SP im und ausserhalb des Parlaments motivieren mich, am Parteitag noch einmal als Präsident zu kandidieren. Es braucht jetzt mehr denn je eine starke SP, damit die Interessen der

Gesamtbevölkerung nicht unter die Räder kommen. Da gebe ich, zusammen mit dem erneuerten Gesamtpräsidium, gerne vollen Einsatz.

**Du wurdest letztes Jahr zum einflussreichsten Parlamentarier gekürt, in der laufenden Legislatur wirst du als SP-Präsident vor allem Abwehrkämpfe führen müssen. Kannst du mit dieser Rolle umgehen?**

Bei meiner Wahl zum SP-Präsidenten las ich das Gegenteil. Ich sei zu stark Aktivist und weniger Parlamentarier. Fakt ist, es war schon immer die Stärke der SP, dass wir beides beherrschen: im Parlament Einfluss ausüben und, wenn es sein muss, auch ausserhalb des Parlaments Mehrheiten beschaffen. In dieser Legislatur steht Letzteres im Vordergrund und die SP ist dafür bestens aufgestellt.

**Von den Medien, aber auch aus den eigenen Reihen wird die SP kriti-**

**siert, sie habe keine eigenen Projekte mehr, handle nur noch reaktiv. Was sagst du zu dieser Kritik?**

Wenn die SP eine unbequeme Oppositionspolitik ankündigt und Angriffe auf die AHV oder Milliardengeschenke an Grosskonzerne abwehren will, dürfen wir keinen Applaus von den bürgerlichen Medien erwarten. Denn sie wissen, dass wir damit in der Bevölkerung den richtigen Nerv treffen und sie bremsen werden.

Damit machen wir den Weg frei für unsere Lösungen. Ausserdem sammeln wir derzeit Unterschriften für drei Initiativen: die Transparenzinitiative, die Mieterinitiative und den Vaterschaftsurlaub. Es mangelt also nicht an eigenen Projekten. Wir werden ausserdem bereits am Parteitag im Dezember das Konzept einer demokratischeren Wirtschaft mit Inhalt füllen und breit diskutieren.

## THEMA AN DER DV IN CHUR

Seit den Wahlen vom Oktober 2015 hat der Wind gedreht – nach rechts: Milliardengeschenke an reiche Bauern, Aktionäre und Grosskonzerne, Kahlschlag in der Entwicklungszusammenarbeit, Kürzungen in der Bildung, mehr Macht für die Krankenkassen, Rentenalter 67, Ablehnung eines minimalen Vaterschaftsurlaubs, mehr Geld für Strassen, Armee und Landwirtschaft. In beispielloser Arroganz und Selbstbedienungsmentalität marschiert die rechte Mehrheit im Parlament durch. Ohne jedes Verantwortungsgefühl für das Gesamtinteresse des Landes und das Gemeinwohl. Es ist Zeit, Widerstand zu leisten und unbequeme Oppositionspolitik zu betreiben, um die Interessen der

ganzen Bevölkerung vor der Gier der mächtigen Lobbys und Einzelinteressen zu schützen.

Die Delegierten der SP Schweiz befassen sich am 25. Juni an ihrer Versammlung in Chur mit den neuen Realitäten im Parlament. Zur Debatte steht die Resolution der Geschäftsleitung «Genug ist genug:

Die SP ist bereit für eine unbequeme Oppositionspolitik im Interesse der Gesamtbevölkerung». Des Weiteren entscheidet die Delegiertenversammlung über die Lancierung des Referendums gegen die Unternehmenssteuerreform III. Informationen zur Delegiertenversammlung: [www.spschweiz.ch/dv](http://www.spschweiz.ch/dv)





ALTERNATIVE  
BANK  
SCHWEIZ

Anders als Andere.

«Die ABS war unsere Partnerin der ersten Stunde. Sie hat auf Anhieb verstanden, worum es bei unserem Projekt wirklich ging: um nachhaltig und wirtschaftlich produzierte Energie und um die Zukunft unserer Gemeinde.»

Emil Müller, Verwaltungsratspräsident der Ouvra Electrica Susasca Susch und Gemeindepräsident Zernez.

Die Alternative Bank Schweiz fördert seit ihrer Gründung vor über 25 Jahren schweizweit Innovationen im Bereich der Neuen Erneuerbaren Energien.

[www.abs.ch](http://www.abs.ch)



## WER STECKT MILLIONEN IN DIESE PLAKAT-KAMPAGNE?

# «Wes Brot ich ess’, des Lied ich sing»



Michael Aebersold,  
Grossrat und  
Fraktionspräsident  
SP-JUSO-PSA-  
Fraktion

**DIE SP KANTON BERN HAT UNTER DEM TITEL «TRANSPARENZ JETZT!» IM GROSSEN RAT DREI MOTIONEN EINGEREICHT. NATIONAL LÄUFT SEIT KURZEM EINE VOLKSINITIATIVE.**

Letzte Woche staunte ich nicht schlecht, als ich in meinem Briefkasten angeblich wichtige Informationen zur eidgenössischen Abstimmung über das Referendum zum Asylgesetz vorfand. Schon dass das Schreiben vor Unwahrheiten strotzte, war schwer verdaulich. Doch wer steckt hinter dem Schreiben und hinter dem Komitee? Wer hat das nötige Geld für einen Versand an alle Haushalte in der Schweiz?

Wir können nur spekulieren. Denn die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das die Finanzierung von Parteien und politischen Kampagnen nicht regelt. Aus diesem Grund hat die SP Schweiz im April die Transparenz-Initiative lanciert. Sie verlangt, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen und Spenden über 10 000 Franken offenlegen müssen. Die SP Kanton Bern hat unter dem Titel «Transparenz jetzt!» im Grossen Rat ebenfalls drei Motionen eingereicht.

### **Transparenz jetzt! Offenlegung der Einkünfte aus Interessenbindungen**

Bereits heute müssen die Mitglieder des Grossen Rats ihre Interessenbindungen

offenlegen. Wie viel sie damit verdienen, bleibt ein Geheimnis. Wir meinen: Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, welche Interessenbindungen ein Parlamentsmitglied bei seinen Entscheidungen beeinflussen könnten. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Grundlage, damit die Mitglieder des Grossen Rats sämtliche Einkünfte aus beruflichen Tätigkeiten und aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit Interessenbindungen offenlegen müssen.

### **Transparenz jetzt! Offenlegung der Politikfinanzierung**

Für die Regierungsratswahlen im März hat die SVP den Kanton Bern bereits im Dezember flächendeckend mit Neujahrsgrüssen zu plakatiert. Die SP kann sich eine solche Kampagne nicht leisten. Völlig unakzeptabel ist jedoch, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht erfahren, wer Wahl- und Abstimmungskampagnen mit welchen (Un-)Summen finanziert.

Wir verlangen, dass politische Parteien und Interessengruppen Transparenz über Einnahmen und Ausgaben schaffen müssen.

### **Transparenz jetzt! Einführung einer kantonalen Parteienfinanzierung**

Die Parteien leisten einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren der Demokratie. Sie rekrutieren Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter, nehmen Stellung zu politischen Geschäften und tragen massgeblich zur Meinungsbildung bei. Einen Grossteil der Arbeit verrichten die Mitglieder und Mandatstragenden ehrenamtlich und oft auf eigene Kosten. Aktuelle Diskussionen innerhalb der SP zeigen, dass die Finanzen der Partei aus dem Lot geraten. Wir fordern deshalb eine kantonale Parteienfinanzierung und unentgeltliche Plakatflächen bei Abstimmungen und Wahlen.

«Wer zahlt, befiehlt», hat meine Grossmutter jeweils gesagt. Heute ist es nicht anders. Wer Geld hat, kann die öffentliche Meinung damit beeinflussen. Doch die Mehrheit im Grossen Rat hält nicht viel von Fairness und Transparenz. Die Motion «Offenlegung der Politikfinanzierung» wurde in der Junisession zwar als unverbindliches Postulat überwiesen. Die beiden anderen Motionen fanden aber keine Mehrheit im Rat. Dank der Initiative auf nationaler Ebene hat das Volk trotzdem das letzte Wort. Mein Aufruf: Sammelt Unterschriften für die SP Transparenz-Initiative!

Der Europaplatz: Für einige der urbanste Berns. Die steinernen Stufen laden zum Sitzen ein.

# Mehr Platz in der Region

**WELCHES IST DEIN LIEBLINGSPLATZ IN DER REGION BERN? DER BUNDESPLATZ? DER MÜNSTERPLATZ? DER VORPLATZ DER REITSCHULE? DER LIEBEFELDPARK? DAS MARZILI? ODER DOCH DEIN QUARTIER- ODER DORFPLATZ? WIR ALLE HABEN UNSERE LIEBLINGSPLÄTZE UND ANDERE ÖFFENTLICHE RÄUME, DIE WIR NIE BESUCHEN. DAS GLEICHE GILT FÜR DIE GESAMTE BEVÖLKERUNG.**

Definierte und undefinierte Regeln dominieren die öffentlichen Plätze: Die offiziellen Regeln werden durch die Städte, Gemeinden und GrundeigentümerInnen gemacht: Wer am Bahnhof Werbemuster verteilen will, muss bezahlen; trotz Versammlungsfreiheit braucht es auf dem Bundesplatz eine Bewilligung für eine Demonstration, während das Recht, einen Event durchzuführen, gekauft werden kann; wer einen Märkt-Stand auf dem Bärenplatz aufstellt, muss dies anmelden und das vorgegebene Zeitfenster einhalten.

Es gibt aber auch ungeschriebene Regeln. Oder könnt ihr euch vorstellen, zu den Menschen beim Schachspiel auf dem Bärenplatz hinzugehen und zu sagen: «Jetzt will ich spielen, ihr seid bereits seit Stunden dran?» Auf dem Vorplatz der Reitschule Coca-Cola-Dosen mit Werbeflyer zu verteilen? Oder vor einem Fussballspiel im Wankdorfstadion den ganzen Vorplatz zum Einradfahren zu beanspruchen?

## Plätze für alle statt für wenige

Sowohl die offiziellen als auch die ungeschriebenen Regeln führen immer wieder zu Konflikten zwischen Anspruchsgruppen. Wie können wir als SP damit umgehen? Platz bzw.

öffentliche Plätze «für alle statt für wenige» gilt auch hier!

Die Benutzung vieler öffentlicher Plätze wird immer wieder eingeschränkt und der Bevölkerung wird damit wichtiger Freiraum weggenommen. Die berühmt-berüchtigten «Steine» in der Bahnstufenunterführung wurden vom Randgruppen-treffpunkt zum sitzlosen Einkaufszentrum. Die Plattform vor dem Münster ist während der Nacht für die Bevölkerung geschlossen, um den Drogenhandel einzuschränken. Im Eichholz patrouillieren Broncos, um erfolgreich Lärm- und Rauchemissionen für AnwohnerInnen zu vermindern. Dies sind berechnete Anliegen – oder weniger berechnete, je nach persönlicher Einstellung oder Betroffenheit. Wenn wir uns am Versprechen «für alle statt für wenige» messen lassen wollen, darf der Nutzungsdruck auf den einzelnen Plätzen aber nicht zu gross werden. Nur so finden tatsächlich alle ihren Platz. Damit gilt die Devise: Mehr und unterschiedliche öffentliche Räume in Bern und der Region schaffen.

## Der Europaplatz als gutes Beispiel

Der belebte Europaplatz ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass nicht



Tanja Bauer,  
Mitglied Vorstand SP Köniz  
und GL SP Region Bern

**Der öffentliche Raum ist der Spiegel unserer Gesellschaft.**

alle Plätze gleich sein müssen. Er ist ein Novum in der regionalen Platzpolitik. Sitzgelegenheiten um die Säulen vermitteln die Botschaft, dass alle hier verweilen und beispielsweise ein mitgebrachtes Dosenbier trinken dürfen. Dies ist ein verbreitetes Bedürfnis unterschiedlichster Gruppen, die sich den Besuch im Restaurant nicht leisten können und dennoch den sozialen Kontakt und einen Treffpunkt suchen. Die Lage unter der Autobahnbrücke macht den Platz für viele zum «Unort». Aber kein anderer Platz ist so gut vor Regen und Sonne geschützt. Davon hat zuletzt das Street-Food-Festival profitiert. An jedem anderen Platz wäre dieser kulinarische Höhepunkt wortwörtlich ins Wasser gefallen.

Mehr Platz für alle! Damit sich alle Gruppen, egal, ob wir die Gruppe mögen oder nicht, ihren Platz aneignen können. Dazu braucht es auf den Plätzen auch undefinierte Freiräume. Schliesslich ist der öffentliche Raum der Spiegel unserer Gesellschaft. Wenn Personen oder Gruppen von Plätzen verdrängt werden, ist dies ein Zeichen dafür, dass wir auch ihre Ansprüche oder Probleme in der Gesellschaft verdrängen.

# Fragwürdiges Verbot gegen die Mahnwache

Als die Ärzt\_innen für Umweltschutz im Juni 2015 dem Ensi-Direktor einen Brief überreichen wollten und sich nicht nur, wie damals vom städtischen Reglement bewilligt, sechs Leute, sondern mehrere Weisskittel vor das Ensi wagten, rief ein erboster Ensi-Mitarbeiter die Polizei auf den Platz. Diese drohte den Demonstrierenden Bussen an und verwies sie des Ortes. Ärztliche Rezepte sind bei der Atomaufsichtsbehörde offensichtlich unerwünscht. Im Brief der Medizinerinnen stand unter anderem<sup>1</sup>: «Das Ensi soll nicht die Schrott-Reaktoren, sondern endlich die Bevölkerung schützen.»

## Gerichtspräsidentin verbietet Mahnwachen

Seit Fukushima veranstalten jeweils von Montag bis Donnerstag die Atomgegner\_innen auf dem Fussgängerbereich vor dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi in Brugg Mahnwachen gegen den Betrieb der beiden Beznau-Reaktoren und von Mühleberg (siehe links.ag 162). Das Ensi ist eingemietet in einem Gebäude, das der Brugg Immobilien AG (BIAG), einem Zweig der Kabelwerke Brugg, gehört. Diese reichte 2014 beim Bezirksgericht Brugg ein Gesuch um ein privatrechtliches Versammlungsverbot vor dem Ensi ein. Bezirksgerichtspräsidentin Franziska Roth verfügte das Verbot am 27. November 2014, offenbar ohne vorgängig zu prüfen, ob der Fussgängerbereich privatrechtlich überhaupt zu belangen ist. In Hunderten von Einsprachen gegen das Verbot wurde nämlich auf den betreffenden Gestaltungsplan hingewiesen, der den Bereich vor dem Eingang zum Ensi-Sitz zum «öffentlichen Fussgängerbereich bzw. Trottoir» erklärt, was ein privatrechtliches «gerichtliches Verbot kategorisch aus-

schliesst»<sup>2</sup>. Seither ruht das Verfahren, was gemäss Zivilprozessordnung ZPO bedeutet, dass das Verbot für die Einsprechenden nicht gilt. Jetzt müsste die BIAG gegen die Einsprachen klagen. Der Badener Mahnwacher Andy Vogt meint dazu: «Von Seiten der Eigentümerin wurden keine weiteren Schritte unternommen. Wir würden uns auf einen Weiterzug bis ans Bundesgericht freuen, da dieses in einem vergleichbaren Fall ein Verbot als unzulässig beurteilte.»

Auf die Fragen von links.ag nach der Rechtsgrundlage des Verbots und nach dem weiteren Vorgehen antwortete Gerichtspräsidentin Roth, das Gericht habe nach ZPO nur zu prüfen, ob der Gesuchsteller dinglich berechtigt (also Eigentümer des Grundstücks) ist und ob er eine bestehende oder drohende Störung glaubhaft darlegen kann. Für das Gericht sei, so Roth, das Verfahren mit der Übermittlung der Einsprachen an den Eigentümer der Liegenschaft abgeschlossen: «Das weitere Vorgehen obliegt nun dem Gesuchsteller.» Und dieser will nicht klagen, da dies aufwendig und kostspielig wäre und das Verbot ja noch dort steht, wo es eigentlich nicht stehen dürfte.

## Stadtrat lockert Reglement

Eine andere, nämlich eine öffentlich-rechtliche, Verfügung steckt hinter dem Beschluss des Stadtrats Brugg von Ende Mai, die Vorgaben für die Mahnwachenden vor dem Ensi zu lockern. Nach einer von der Gemeindeabteilung des Kantons moderierten Aussprache zwischen der Stadt und den Atomgegnern dürfen letztere jetzt mit durchschnittlich sechs und maximal neun Personen und mit drei Fahnen (!) von Montag bis Donnerstag vor dem Ensi stehen. Damit übertreten die

Mahnwacher aber regelmässig das privatrechtliche Verbot. Ohne Folgen ...

## Gerichtspräsidentin ist jetzt SVP-Regierungsratskandidatin

Inzwischen wurde Franziska Roth von der SVP als Regierungsratskandidatin nominiert. Mit der Geschichte des Kundgebungsverbots vor dem Ensi kann der Frau, die gemäss AZ-Interview vom 21. April 2016 mit Cédric Wermuth «kein Bier trinken gehen würde» und die über Andreas Glarner sagt, es sei «beeindruckend, mit welcher Konsequenz er sehr gute politische Arbeit macht als Gemeindeammann und in Bern», rechtlich nichts vorgeworfen werden. Sie hat nach dem Buchstaben der ZPO gehandelt. Jedoch ist links.ag der Auffassung, dass die Brugger Richterin sorgfältiger hätte abklären dürfen, ob bei der fraglichen Parzelle nicht eine öffentlich-rechtliche Einschränkung besteht. Oder anders gefragt: Warum hat sie das unterlassen? Und wie starr würde sich eine Regierungsrätin Roth nur an einen Rechtsbuchstaben halten, der nicht die ganze rechtliche Situation erfasst? «Andy Vogt geht weiter: Exponentinnen der Partei, welche dauernd gegen die Gesetzesflut wettet, produzieren selber undemokratische, sinnlose Verbote.»

Wie lange das rechtswidrige Verbot noch stehen bleibt, ist unklar. Gerichtspräsidentin Franziska Roth könnte es richterlich aufheben. Darauf wird man aber wohl vergeblich warten. Eine absurde Situation.

<sup>1</sup> Quelle: AZ Brugg vom 26. Juni 2015

<sup>2</sup> Zitiert aus der Einsprache gegen das Verbot

Andy Vogt von Baden kandidiert für den Grosse Rat. Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag

## EIN FRANZÖSISCHER SKANDAL UND DIE VERTUSCHTEN MÄNGEL

kk. Am 27. Mai berichtete NZZ online über «Unregelmässigkeiten bei den Fertigungskontrollen von Bauteilen wie Reaktordruckbehältern im Schmiedewerk Creusot Forge», heute eine Tochterfirma des französischen Atomtechnik-Konzerns Areva. Die Fertigungskontrollen seien regelmässig gefälscht, erkannte Materialfehler nicht dokumentiert worden. Die französische Atomaufsichtsbehörde ASN habe die schweizerische Atomauf-

sichtsbehörde Ensi über diese Unregelmässigkeiten informiert, da das Schmiedewerk Creusot ab 1965 die Reaktordruckbehälter für Beznau 1 und 2 produziert hat. Deutlicher drückte sich die zum Tamedia-Konzern gehörende Lausanner Zeitung 24heures am 27. Mai aus: «Creusot forge, qui appartient à Areva, l'un des leaders mondiaux du nucléaire, a falsifié pendant près de cinquante années les dossiers des pièces qu'elle produit pour la cons-

truction des centrales.» Laut Beznau-Leiter Mike Dost gelten die Einschlussfehler im Mantel «nach den damaligen und heutigen Reglementen als «akzeptabel». Die 925 Fehler im Stahlmantel sind aber bekanntlich ein Grund, warum das 47jährige AKW Beznau 1 momentan stillsteht und warum seine Wiederinbetriebnahme nicht sicher ist. Florian Kasser von Greenpeace meinte zu 24heures, falls die Dokumentenfälschungen von Creusot

beide Beznau-AKW's betreffen, bedeute dies ein äusserst gravierendes Sicherheitsproblem dieser Meiler. Nun muss die Axpo dem Ensi bis Ende Jahr nachweisen, dass (beziehungsweise ob) der Reaktor sicher betrieben werden kann. Die Mahnwachen für eine Abschaltung gehen weiter.

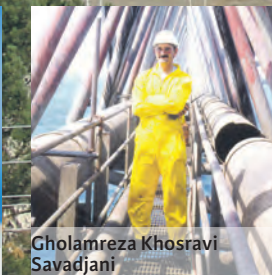
Die «Aargauer Zeitung» und der «Tages-Anzeiger» berichteten über diesen Skandal bisher nicht.

GASTBEITRAG VON MENSCHENRECHTSAKTIVIST NIMA POUR JAKUB

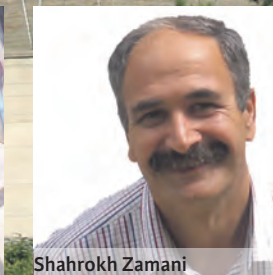
# Leiden, Gefängnis und Tod, wie leben die Arbeiter/innen im Iran?



Mohammad Jarahi



Gholamreza Khosravi Savadjani



Shahrokh Zamani

ENSIE &amp; MATTHIAS

**AM 25. FEBRUAR 2016 SETZTE SICH IN TEHRAN EIN VERKÄUFER SELBST IN BRAND. ER WOLLTE DIE POLIZEIKRÄFTE DAVON ABHALTEN, DIE TÜCHER, DIE ER IN DER INNENSTADT VERKAUFTE, AN SICH ZU NEHMEN.**

Er ist keine Ausnahme. Während der letzten Jahre haben sich viele Arbeiter/innen und arme Menschen selbst in Brand gesetzt, um gegen die Ungleichheit im Iran zu protestieren. Am 23. September 2015 zündete sich in Ahwaz im Süden des Iran ein 36-jähriger Mann mit Namen Omid Rashedi an, weil sein Arbeitgeber seinen Vertrag nicht verlängern wollte. Nach einigen Tagen im Spital starb dieser Mann, der Frau und Kinder hatte. Aufgrund von Schwierigkeiten mit ihrem Arbeitgeber zündete sich eine Frau am 12. Juli 2015 in Mashhad im Osten Irans an.

Laut Beamten des iranischen Gesundheitsministeriums ist Arbeitslosigkeit die Hauptursache für Suizide im Iran. Der Chef der Iranischen Handelskammer gibt an, dass jede Stunde 150 Arbeiter/innen ihren Job verlieren. Im von den Mullahs regierten Iran müssen mindestens zwölf Millionen Arbeiter/innen von einem Einkommen leben, das mindestens dreimal tiefer ist als die offizielle Armutsgrenze, teilweise sogar unter der offiziellen Überlebensgrenze liegt. Laut dem Industrieminister sind 60 Prozent der in-

dustriellen Anlagen halb oder ganz geschlossen und 70 Prozent der noch laufenden Betriebe funktionieren nicht mehr.

Diejenigen Industrieanlagen, in denen weniger als 10 Arbeiter/innen arbeiten, unterliegen nicht dem Arbeitsgesetz, sodass die Arbeitgeber sie behandeln können, wie sie wollen. Laut dem Arbeitsminister arbeiten 30 Prozent der Arbeiter/innen im Iran unter dem so genannten weissen Vertrag, in den erst nach der Unterzeichnung die Arbeitsbedingungen hineingeschrieben werden – und zwar vom Arbeitgeber.

Die Arbeiter/innen im Iran haben kein Recht, sich selbst zu organisieren und die Verbände und Gemeinschaften sind brutalen Repressionen durch die Regierung ausgesetzt. Wenn die Arbeiter/innen versuchen, unabhängige Vereine und Gemeinschaften zu gründen, werden sie brutal durch die IRGC oder das Geheimdienstliche Ministerium unterdrückt.

Momentan sind viele Arbeiter/innen entweder im Gefängnis oder unter Bedrohung der Sicherheitskräfte. *Mohammad Jarahi* ist einer dieser eingekerkerten Arbeitsak-

Nima Pour Jakub, Bellach  
nima.pouryaghoub@gmail.com

**Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache für Suizide im Iran.**

tivisten – er ist seit fünf Jahren im Zentralgefängnis der Stadt Tabriz. Er leidet an Kehlkopfkrebs und benötigt dringend eine professionelle medizinische Behandlung. Während der letzten 36 Jahre hat die Islamische Republik viele Arbeiter/innen in ihren Gefängnissen getötet. *Gholamreza Khosravi Savadjani* war einer dieser Arbeiter; er wurde am 1. Juni 2014 im Rajai-Shahr-Gefängnis in Karaj hingerichtet. Herr Savadjani war Vater eines Jungen im Teenageralter. *Shahrokh Zamani*, der aufgrund seines Widerstands als Gewerkschafter ins Gefängnis kam, war fünf Jahre in Gefangenschaft und starb wegen fehlender medizinischer Versorgung im selben Gefängnis am 13. September 2015.

Die Lösung für all dies ist unser vereinter und organisierter Kampf. Die iranischen Arbeiter/innen müssen das regierende Regime umstürzen und ein neues System etablieren, das auf Freiheit und Gerechtigkeit basiert, sonst wird sich die Situation niemals ändern. Die iranischen Arbeiter/innen brauchen die Solidarität der Verbände und Gewerkschaften auf der ganzen Welt, um dieses Ziel zu erreichen.

# Wer rechnet, stärkt die AHV

**SEIT MEHR ALS ZWANZIG JAHREN PRASSELT AUF DIE SCHWEIZ EINE ANGSTKAMPAGNE EIN. KEIN JAHR VERGEHT, IN DEM NICHT EINE VON EINER VERSICHERUNG ODER EINER BANK FINANZIERT STUDIE DEN KOLLAPS DER AHV ANKÜNDIGT. EIN NÜCHTERNER BLICK AUF DIE ZAHLEN ZEIGT JEDOCH: DIE AHV IST DIE SICHERSTE UND EFFIZIENTESTE ALTERSVORSORGE.**

«Drastischer Zuwachs an Rentnern» titelten die Medien vor kurzem. Bis ins Jahr 2045 werde sich die Zahl der über 65-Jährigen verdoppeln, war zu lesen. Das Rentenalter müsse erhöht werden, mindestens auf 67, besser noch auf 70, folgerten viele Kommentatorinnen und Kommentatoren. Es war der vorläufige Höhepunkt einer Angstkampagne, die von der Wirtschaft und den Versicherern befeuert und von den Medien beinahe kritiklos transportiert wird.

## AHV schultert Alterung

Das Fazit ist falsch. Nicht nur, weil der Arbeitsmarkt gar nicht genügend Arbeitsplätze für die älteren Arbeitnehmenden hergibt. Es widerspricht auch in krasser Weise den Erfahrungen aus siebzig Jahren AHV. Die Verdoppelung der Rentenzahlen in wenigen Jahrzehnten ist genau das, was die AHV in den letzten vierzig Jahren erfolgreich bewältigt hat. Seit 1975 stieg die Zahl der AHV-Renten von 960 000 auf heute 2,2 Millionen an. Obwohl die Lohnprozente in dieser Zeit nie angehoben wurden, ist die AHV nicht kollabiert. Die Renten konnten sogar an die Teuerungs- und Lohnentwicklung angepasst werden. Nur einmal, 1999, kam ein Mehrwertsteuerprozent dazu.

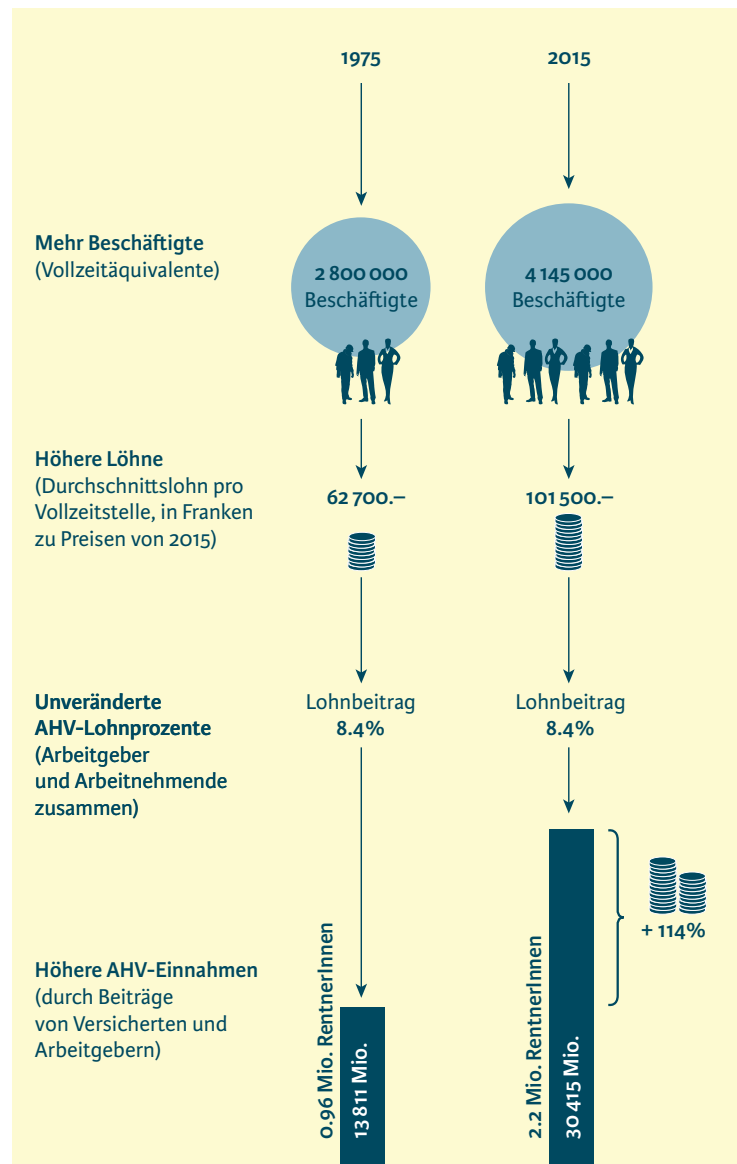
Möglich ist das wegen des genialen Finanzierungsmodells: Die AHV profitiert direkt von der Zunahme der Beschäftigten und dem Lohnwachstum. Das Modell sorgt zudem für sozialen Ausgleich. Denn Top-Manager zahlen auf dem gesamten Lohn Beiträge, auch auf ihren Boni. Die Renten aber sind gedeckelt. Leute mit sehr hohen Einkommen zahlen deshalb viel mehr ein, als sie später als Rente erhalten. Dank dieses äusserst effizienten Finanzierungsmodells kann die AHV auch die Baby-Boomer-Jahrgänge mit nur einem zusätzlichen Mehrwertsteuerprozent bewältigen. Die AHV verfügt wegen der klugen Finanzierung aber

auch über ein unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis. Hier kriegt der Grossteil der Rentnerinnen und Rentner für einen Beitragsfranken viel mehr Rente als in der zweiten oder dritten Säule. Es ist deshalb viel interessanter, die Rentenverluste in den Pensionskassen durch eine Stärkung der AHV auszugleichen, statt die unsichere zweite Säule weiter aufzublähen.

## Höhere Renten dank AHVplus

2014 hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund, unterstützt unter anderem vom Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH und dem welschen Lehrerverband SER, die Volksinitiative AHVplus eingereicht. Sie verlangt eine Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent. Die Initianten schlagen vor, diesen Zustupf über je 0,4 Lohnprozente für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu finanzieren. Für Normalverdiener sind das bescheidene Mehrkosten. Den Primarlehrer etwa würde das 40 Franken im Monat kosten (inkl. Steuern etc. 68 Franken). Dem stehen aber deutlich höhere Renten gegenüber: Für Alleinstehende im Schnitt ein Plus von 200 Franken pro Monat oder 2400 Franken pro Jahr, für verheiratete Paare sind es 350 respektive 4200 Franken. Müsste die gleiche Rentenerhöhung in der Pensionskasse oder privat angespart werden, käme das viel teurer. Der Primarlehrer müsste eineinhalbmahl mehr einzahlen. Das unschlagbare Preis-Leistungs-Verhältnis der AHV ist in erster Linie Folge der solidarischen Finanzierung. Positiv wirkt sich zudem aus, dass bei der ersten Säule fast kein Geld in fremde Taschen abfliesst. Im Pensionskassengeschäft dagegen strichen Versicherer und Vermögensverwalter allein 2014 rund 6,5 Milliarden Franken ein.

Barbara Gysi ist Nationalrätin SG



## DEUTLICH STEIGENDE ERTRÄGE TROTZ GLEICHBLEIBENDEN LOHNPROZENTEN

Seit 1975 zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmende zusammen 8.4 Lohnprozente in die AHV. In dieser Zeit haben sich die Erträge aus den Lohnbeiträgen mehr als verdoppelt. Der Grund: Die Löhne sind stark gestiegen und die Beschäftigung hat zugenommen. Quelle: «AHV – eine starke Altersvorsorge für Jung und Alt» [www.sgb.ch](http://www.sgb.ch)

# Rattenrennen gegen unten

**STATT EINE KOMPLIZIERTE UND VÖLLIG UN DURCHSICHTIGE REFORM DURCHZUZIEHEN, MUSS DER BUND ENDLICH EIN MACHTWORT SPRECHEN UND DEN KANTONEN VERBINDLICHE UNTERGRENZEN FÜR DIE ERHEBUNG VON UNTERNEHMENSSTEUERN VORSCHREIBEN.**

Beim Stichwort «Reform der Unternehmenssteuern (USTR)» läuten bei mir die Alarmglocken. Alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz verkaufte uns die USTR II einst als kleine Reform ohne substanzielle Steuerausfälle. Es wurden dann dem Bund deutlich mehr Mittel entzogen, sodass sich das Bundesgericht 2011 gezwungen sah, die Abstimmungsunterlagen als fehlerhaft zu kritisieren.

## Weit mehr als notwendig

Unbestritten ist die Notwendigkeit, die kantonalen Sonderregelungen für Domizil- und Holdinggesellschaften anzupassen und damit einen Beitrag gegen die internationale Steuerhinterziehung zu leisten. Damit gibt die Schweiz endlich internationalem Druck nach. Da aber diese besonderen kantonalen Steuerregelungen nur in wenigen Kantonen eine grosse Rolle spielen (GE, VD, BS, ZG, NW, SZ), leuchtet mir nicht ein, warum man deswegen das ganze Steuersystem unter Druck setzen muss.

Was jetzt im Parlament angedacht ist, geht weit über das hinaus, was eigentlich notwendig ist. Hier läuft eine weitere – und besonders schamlose – Steuersenkungsrunde für Unternehmer und Kapitaleigner. Sie lässt sich nicht mit dem

Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vereinbaren. Bezahlen werden diese Steuersenkungen die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz mit weiteren Sparprogrammen und Einschnitten beim Service public.

## Abwanderung als Argument sticht nicht

Als Argument für diese weitgehenden Steuergeschenke wird immer wieder ins Feld geführt, dass ohne USTR III Firmensitze und Arbeitsplätze verloren gingen. Dieses Argument brachten kürzlich unter anderem die Steuerprüfer von KPMG vor. Aber dieses Argument sticht nicht. Wir haben gesehen, dass die USTR III die Probleme einiger weniger Kantone betrifft – und dies in sehr unterschiedlichem Mass. Schwyz und Zug haben bereits jetzt konkurrenzlos tiefe Steuersätze, die Waadt hat die Unternehmenssteuern soeben massiv gesenkt und Basel-Stadt erhält gemäss USTR III mit den Patentboxen (in denen wissenschaftliche Aufwände steuerlich entlastet werden) eine spezielle Regelung für die Pharmabranche. Für Genf wird sich auch eine Lösung finden.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Angst vor der Abwanderung

übertrieben. Eher wird es Verschiebungen zwischen den Kantonen geben – allenfalls gibt es auch Druck auf nicht direkt betroffene Kantone, ihre Unternehmenssteuern nun ebenfalls zu senken.

**Auch Unternehmen sollen Steuern dafür zahlen, dass sie Infrastruktur und Dienstleistungen in Anspruch nehmen.**

## Tiefsteuernkantone machen Druck

Einmal mehr beobachten wir hier ein Rattenrennen nach unten – diktiert von den Tiefsteuernkantonen und ihren politischen Vertretungen. Diese beklagen sich immer wieder darüber, dass sie zu viel Geld in den Finanzausgleich einzahlen müssen. Sie tun aber auch alles dafür, dass sie im eidgenössischen Umfeld die tiefsten Steuern erheben können. Damit setzen sie alle anderen Kantone unter Druck.

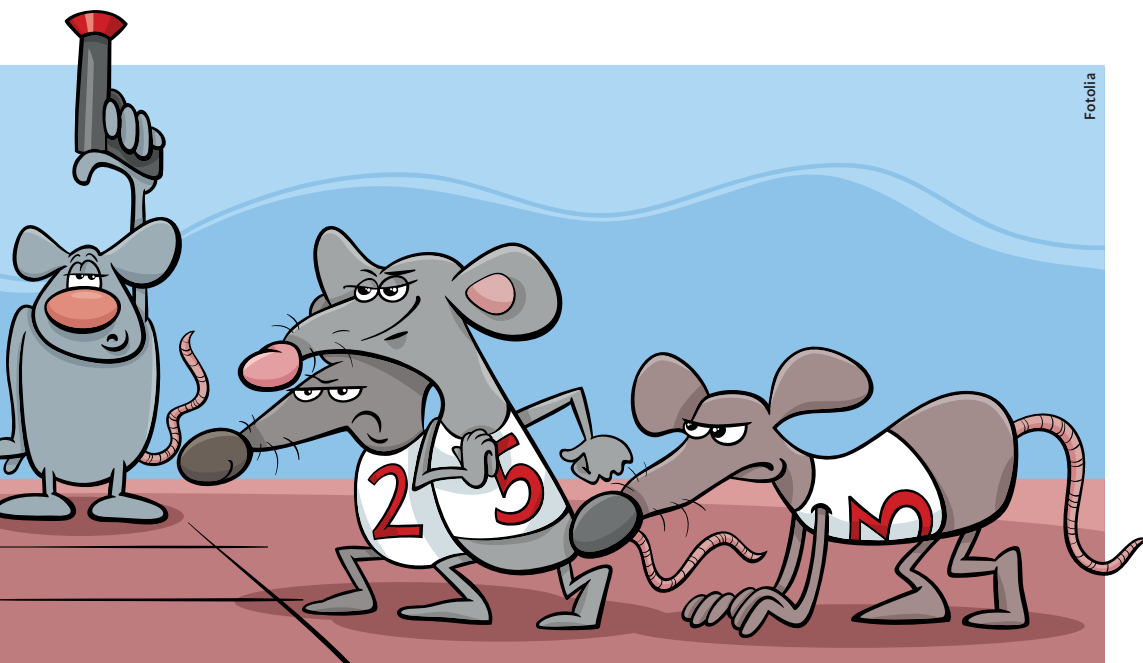
Weil dem Bundesrat bei der USTR III nicht wohl ist, will er allfällige Steuerausfälle bei den Kantonen kompensieren, indem er ihnen einen höheren Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen abgibt. Angesichts der Tatsache, dass – wie oben gezeigt – nur wenige Kantone konkret von den notwendigen Anpassungen betroffen sind, ist das Steuerpolitik mit der Giesskanne. Damit soll die Mehrheit der Kantone auch als potenzielle Gegner der USTR III zum Schweigen gebracht werden.

## Untergrenzen für kantonale Unternehmenssteuern

Statt eine komplizierte und völlig undurchsichtige Reform durchzuführen, muss der Bund endlich ein Machtwort sprechen und den Kantonen verbindliche Untergrenzen für die Erhebung von Unternehmenssteuern vorschreiben – sonst kommt das nicht gut mit der interkantonalen Solidarität.

Und festhalten sollten wir sowie so am Grundsatz, dass auch Unternehmen – eigenständige juristische Persönlichkeiten – Steuern dafür zahlen, dass sie Infrastruktur und Dienstleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden in Anspruch nehmen dürfen – und zwar in einer Qualität, die Weltspitze ist.

Corrado Pardini ist Nationalrat BE



Fotolia

# Was das alles kostet!

**IN DER SCHWEIZ SPRICHT MAN GENERELL NICHT GERNE ÜBER GELD. KEIN WUNDER, ERFÄHRT DIE ÖFFENTLICHKEIT KAUM, WAS ABSTIMMUNGS- UND WAHLKAMPAGNEN KOSTEN. UND SCHON GAR NICHT, WER SIE BEZAHLT. MEHR TRANSPARENZ STÄRKT DAS VERTRAUEN IN DIE POLITIK.**

Theoretisch ist es ganz einfach: Wer gute Argumente hat und diese für alle verständlich auf den Punkt bringt, ist in der Politik erfolgreich. Tatsächlich ist das aber bloss die halbe Miete. Auch das tollste Argument muss zuerst den Weg zu den Bürgerinnen und Bürgern finden. In einer mediatisierten Welt und angesichts einer regelrechten Flut an Informationen ist das die eigentliche und grosse Herausforderung des Kampagnenhandwerks.

Auch wenn es uns eingefleischten Direktdemokratinnen und -demokraten nicht gefällt: Eine politische Debatte ist auch bei uns nicht nur ein Wettbewerb der Ideen. Aufmerksamkeit ist ein zunehmend knappes Gut. «Sichtbarkeit» und «Wiederholung» lauten die Zauberwörter. Beides kostet Geld. Viel Geld. Mit brachialer finanzieller Gewalt lässt sich selbst eine mittelmässige Parole in das Bewusstsein der Öffentlichkeit hämmern.

Wer in der Schweiz eine landesweit sichtbare Kampagne führt, muss gehörig Geld aufwerfen: Eine sichtbare und flächendeckende Plakatkampagne im bezahlten Raum ist kaum für unter 800 000 Franken und eine anständige Inserate-Kampagne erst ab ungefähr 400 000 Franken zu haben. Ein hübsches ganzseitiges Inserat in der deutschsprachigen Sonntagspresse schlägt immerhin mit 150 000 zu Buche. Angenehmer Nebeneffekt: Wer fleissig teure Inserate schaltet, wird vom beglückten Medium meistens wohlwollend(er) im redaktionellen Teil bedacht.

Ein Komitee, das eine Zeitung in alle Briefkästen der Schweiz verteilen lässt, muss für die Produktion, den Druck und das Porto rund

1 Million in die Hand nehmen. Ein politischer Akteur, der in einem Abstimmungskampf alle Register zieht und sich nicht auf ein bestimmtes Kampagnenelement beschränkt, gibt so problemlos und rasch fünf oder mehr Millionen aus. Nicht für eine riesige, sondern für eine normale Kampagne. Aber nicht nur Plakate, Grossversände und Zeitungsinserte kosten. Auch vermeintlich kostenlose Aufmerksamkeit im redaktionellen Raum der Medien kann indirekt gekauft werden. SVP, Wirtschaftsverbände, Interessengruppen und private Mäzene betrauen teure Agenturen mit der Kampagnenführung, beschäftigen Lobbyisten und setzen Spin-Doctors gezielt auf Medienschaffende an. Geschichten werden aufbereitet und gesteckt, Entscheidungen beeinflusst und Informationen verteilt. Das alles passiert niederschwellig, langfristig und idealerweise im Hintergrund. Auch das ist Kampagnenhandwerk. Wer viel Geld hat, ist auch hier klar im Vorteil.

Wir führen unsere Kampagnen mit wenig Geld und umso mehr freiwilligem Engagement. Wenn uns für eine grosse Kampagne 200 000 Franken zur Verfügung stehen, ist das viel. Wir setzen stattdessen auf das, was uns seit jeher stark macht: viele Menschen wie dich.

Andere sollen auch künftig Millionen in teure Kampagnen stecken dürfen. Aber die Bürgerinnen und Bürger, die sich vor einer Wahl oder einer Abstimmung ihre Meinung bilden, sollen wenigstens erfahren, was die Kampagne kostet und welche grossen Geldgeber sie bezahlen. Genau das verlangt die Transparenz-Initiative.

Stefan Krattiger, Kampagnenleiter SP Schweiz



123RF

## TRANSPARENZ-INITIATIVE

Die Initiative verlangt, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen transparent machen müssen. Anonyme Grossspenden werden verboten. Parteien legen gegenüber der

Bundeskanzlei ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offen. Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne mehr als 100 000 Franken

einsetzen, sind verpflichtet, Grossspenden zu deklarieren. Die Zahlen werden vor der Wahl respektive der Abstimmung publik gemacht.

«Gleiche Löhne für gleiche Arbeit!»  
Die Hauptforderung des Frauenstreiks 1991  
steht nach wie vor in der politischen Agenda.



Sozialarchiv

# Ein Fall fürs Geschichtsbuch

**DER SOMMERBEGINN STEHT GANZ IM ZEICHEN DER GLEICHSTELLUNG: AM 14. JUNI KONNTEN WIR DAS 35-JAHR-JUBILÄUM DES VERFASSUNGSARTIKELS ZUR GLEICHSTELLUNG FEIERN, AM 1. JULI WIRD DAS GLEICHSTELLUNGSGESETZ ZWANZIG JAHRE ALT. DANK DIESEN ERFOLGEN MÜSSTE DER KAMPF VIELER ENGAGIERTER FRAUEN EIGENTLICH NICHTS WEITER SEIN ALS EIN KAPITEL IN DER GESCHICHTE DER SCHWEIZ – KÖNNTE MAN MEINEN.**

Der 14. Juni steht nicht nur für die Festschreibung der Gleichstellung in der Verfassung, sondern auch für den Frauenstreik. Am 14. Juni 1991, zehn Jahre nach Einführung des Verfassungsartikels, gingen fast eine halbe Million Frauen, violett gekleidet, auf die Strasse. Unter dem Motto «Wenn frau will, steht alles still» demonstrierten sie gegen die zögerliche Umsetzung des Gleichstellungsartikels. Ihre Hauptforderung: Gleiche Löhne für gleiche Arbeit! Wo stehen wir 2016, 25 Jahre nach diesem ersten Frauenstreik?

## Lohn: noch immer prioritär

Trotz Festschreibung in der Verfassung und Konkretisierung im Gleichstellungsgesetz ist die Lohngleichheit noch immer nicht realisiert. In der Schweiz beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern im Schnitt noch immer 20 Prozent. Dieses Geld fehlt den Frauen in ihrem eigenen Portemonnaie und dem ihres gesamten Haushalts, aber es fehlt ihnen auch bei der Rente. Frauen leiden ein Leben lang unter den Konsequenzen der Lohnungleichheit, aber auch unter der Geringschätzung vieler Berufe, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden.

Weil es an den Mitteln fehlt (und vielleicht am Willen?), zeigen die rechtlichen Grundlagen zur Durchsetzung der Gleichstellung keine grosse Wirkung: Das Gleichstellungsgesetz wird heute sehr selten

angewendet und die Verfassung wird nicht respektiert.

Ausgehend vom Befund, dass auf der Freiwilligkeit der Unternehmen basierende Massnahmen gescheitert sind, ist eine Revision des Gleichstellungsgesetzes im Gang. Auch wenn dieses nur äusserst zahme Massnahmen vorschlägt (obligatorische Kontrollen alle drei Jahre für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden, ohne Sanktionen bei Verstössen), steigen die Rechte und die Arbeitgeber bereits auf die Barrikaden gegen die «Lohnpolizei». Das Gesetzesprojekt, so zahm es auch sein mag, hat leider keine grossen Chancen vor dem Parlament, wie es heute zusammengesetzt ist.

## Kein weiterer Frauenstreik 2026

Die Lohngleichheit ist sicherlich eine wichtige Forderung, es handelt sich ganz einfach um eine Frage der Gerechtigkeit und der Gleichheit. Sie kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden, denn sie ist nur ein Symptom eines Arbeitsmarktes, der die Frauen diskriminiert. Um diese Diskriminierung zu überwinden, müssen wir auf verschiedenen Ebenen ansetzen:

- Gleichheit und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: Es müssen endlich zwingende Massnahmen ergriffen werden. Traditionelle Frauentätigkeiten müssen aufgewertet werden.

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Auch heute

noch ist der Weg, den eine Frau machen muss, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ein Hindernislauf. Es müssen darum mehr Mittel bereitgestellt werden für die familienexterne Kinderbetreuung einerseits und für die Vereinfachung der Arbeitsteilung innerhalb der Familie andererseits. Die soeben lancierte Initiative für einen Vaterschaftsurlaub von zwanzig Tagen ist sicherlich eine gute Sache. Ein Elternurlaub jedoch während der ersten Lebensmonate des Kindes, der zwischen den Eltern aufgeteilt werden kann, würde es diesen erlauben, sich nach der Geburt des Kindes ihren Familienalltag und ihr Berufsleben besser zu organisieren.

- Stärkung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft: beispielsweise durch die Einführung von Quoten.

- Anerkennung der so genannten Care-Arbeit: Frauen tragen bekanntlich einen grossen Teil zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei – ohne dass dieses anerkannt wäre.

In unserer Gesellschaft ist die Gleichstellung von Frauen und Männern breit akzeptiert. Leider dominieren jedoch immer dann die wirtschaftlichen Interessen, wenn es darum geht, die Gleichstellung in die Tat umzusetzen. Wir setzen uns weiter ein für eine weltweite Gleichstellungspolitik. Auf dass der 14. Juni eines Tages nur noch ein Kapitel in der Geschichte sein wird!

Anita Balz ist Zentralsekretärin der SP Frauen\*

## MITGLIEDER-VERSAMMLUNG DER SP FRAUEN\*

Die ausserordentliche Mitgliederversammlung der SP Frauen\* findet am Samstag, 2. Juli, im PROGR in Bern statt.

Auf [www.sp-frauen.ch](http://www.sp-frauen.ch) findest du die Traktandenliste sowie weitere Informationen.

Im Zentrum der Versammlung stehen die Reform der Struktur sowie die Wahl der neuen Co-Präsidentin und eines Mitglieds der Geschäftsleitung.



# Den Wahnsinn überwinden

**SARAH WAGENKNECHT (2016): REICHTUM OHNE GIER. WIE WIR UNS VOR DEM KAPITALISMUS RETTEN. FRANKFURT/NEW YORK: CAMPUS. 292 SEITEN.**

Sarah Wagenknechts neues Buch beginnt mit einem Zitat von Albert Einstein: «Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.» Das ist ein klug gewähltes Zitat, weil es die vertrackte Situation, in der wir stecken, gut beschreibt. Eine Situation des Umbruchs, der aber aufgrund des Fehlens mobilisierungsfähiger Alternativen nicht eintritt. Statt den notwendigen Wandel vorzubereiten, bleiben wir stramm auf Kurs Richtung Abgrund. Anstelle eines zivilisatorischen Schrittes nach vorne und über den Kapitalismus hinaus werden in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts Stacheldrahtzäune gebaut, um diejenigen draussen zu halten, die der lebende Beweis dafür sind, dass mit dem «westlichen» Entwicklungsmodell etwas gewaltig schiefläuft.

## Die richtigen Fragen stellen

Wagenknechts Buch ist ein wichtiger Beitrag, um diesen Wahnsinn zu überwinden. Dazu müssen wir den Mut haben, die richtigen Fragen zu stellen. Brauchen wir den Kapitalismus heute noch, um in Zukunft besser zu leben? Oder ist es nicht genau diese Form des Wirtschaftens, die uns daran hindert? Seriöse politische Forderungen basieren auf einer seriösen Analyse der herrschenden Bedingungen. Entsprechend beginnt Wagenknechts Suche nach Alternativen damit, die «Lebenslügen des Kapitalismus» zu entlarven. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten legitimieren den Status quo (respektive ihre Privilegien) besonders gerne mit Leistung, Eigenverantwortung und Wettbewerb. Wie Wagenknecht aufzeigt, hat das heutige Wirtschaftssystem genau damit aber immer weniger zu tun.

Das Problem sind in allererster Linie die dominierenden, globalen Grosskonzerne. Ihre immensen Ressourcen setzen sie kaum mehr zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen ein. Stattdessen lautet das Ziel, möglichst viel Geld für das Topma-

nagement und die Grossaktionärinnen zu machen. Die Mittel: Entlassungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Übernahmen von Konkurrenten, um Wettbewerb auszuschalten, Patente, um neue Akteure am Markteintritt zu hindern, sowie, last but not least, ausgeklügelte Steuervermeidungsstrategien. Wagenknecht argumentiert nicht rückwärtsgerichtet, sie glaubt an ein dynamisches Unternehmertum. Gerade den digitalen Technologien gegenüber ist sie grundsätzlich sehr positiv eingestellt. Deren Chancen für ein besseres Leben für alle könnten aber nur jenseits des Kapitalismus nutzbar gemacht werden.



Ihre immensen Ressourcen setzen Grossunternehmen kaum mehr für Innovationen zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen ein. Stattdessen lautet das Ziel: möglichst rasch möglichst viel Geld für das Management und die Grossaktionärinnen machen.

## (Wirtschafts-)Eigentum neu denken

Wagenknecht nimmt die Debatte rund um Piketty und seine Ungleichheitsanalyse auf, geht aber einen Schritt weiter. Während der französische Ökonom die bestehende Eigentumsordnung weitgehend unangetastet lässt, schreibt sie: «Der Kern der Macht der oberen Zehntausend und der Ursprung ihrer leistungslosen Bezüge ist die heutige Verfassung des Wirtschaftseigentums.» Und hier setzen auch ihre Vorschläge an. Diese betreffen einerseits das Geldsystem, andererseits die Unternehmen als zentrale Akteure.

Geld betrachtet Wagenknecht als öffentliches Gut, das nicht im kapitalistischen Sinne marktfähig ist. Sie will deshalb Gemeinwohlbanken schaffen: «Gemeinwohlbanken sind in erster Linie regionale Banken,

die in einem eng begrenzten Raum Geschäfte machen und deshalb die Unternehmen und die Bedingungen vor Ort gut kennen. Darüber hinaus sollte es einige grössere Institute geben, die als Clearingzentralen und zugleich als Finanzier grösserer privater oder öffentlicher Investitionsprojekte bereitstehen.» Wagenknecht plädiert aus einer demokratiepolitischen Perspektive für eine Stärkung nationalstaatlicher Handlungsspielräume (u.a. Kapitalverkehrskontrollen mit dem Euro als Ankerwährung).

Der letzte Teil des Buches fordert uns auf, Eigentum und damit auch Unternehmen neu zu denken. Eine innovative und zugleich gerechte ökonomische Ordnung sollte «die Freiheit unternehmerischer Initiative sichern, aber zugleich die neofeudalen Konsequenzen des heutigen Wirtschaftseigentums – leistungslose Einkommen und die Vererbbarkeit der Kontrolle über Unternehmen – vermeiden». Zu diesem Zweck schlägt Wagenknecht vier neue Unternehmenstypen (Personen-, Mitarbeiter-, öffentliche und Gemeinwohlgesellschaft) vor, die die heute dominanten Kapitalgesellschaften ablösen sollen. Eigentum entsteht in einer solchen Wirtschaftsordnung nur durch eigene Arbeit. Unternehmen gehören sich selbst (wie bei einer Stiftung). Je nach Grösse wird ihre Geschäftsführung allein durch die Belegschaft oder zusätzlich durch VertreterInnen der Öffentlichkeit kontrolliert. Diese Kontrolle auf strategischer Ebene wird zum einzigen Eigentümerrecht, die weitgehend risikolose Bereicherung zu Lasten des Unternehmens und der Allgemeinheit ist nicht mehr möglich.

Wagenknecht entwickelt damit die Skizze einer demokratischen Wirtschaft, die uns eine lebenswerte und solidarische Zukunft jenseits des zerstörerischen Kapitalismus ermöglicht.

Pascal Zwicky ist Projektleiter Themenmanagement der SP Schweiz

# Wahlen in Luzern – 4 Tipps

**DER 1. MAI 2016 WIRD DER SP LUZERN IN ERINNERUNG BLEIBEN: DAS BESTE RESULTAT ALLER ZEITEN IM PARLAMENT, DER NEU ANTRETENDE EXEKUTIVKANDIDAT AUF ANHIEB GEWÄHLT UND IM KAMPF UM DAS PRÄSIDIUM VOR DEM AMTIERENDEN STADTPRÄSIDENTEN. DER 5. JUNI SETZTE DEM GANZEN DIE KRONE AUF: BEAT ZÜSLI WURDE DEUTLICH ZUM ERSTEN LINKEN STADTPRÄSIDENTEN VON LUZERN GEWÄHLT.**

Ein solcher Wahlerfolg fällt nicht vom Himmel, sondern ist Resultat jahrelanger politischer Arbeit. Aber diese alleine reicht nicht aus, genauso braucht es eine wirksame Wahlkampagne. Sie lässt sich zwar nicht einfach kopieren. Einige Punkte, die uns im Nachhinein als entscheidend erscheinen, können aber vielleicht auch in einem anderen Wahlkampf hilfreich sein (natürlich haben wir sie nicht neu erfunden):

## Ressourcen der Kandidierenden nutzen

Jeder und jede Kandidierende bringt ein eigenes Netzwerk und eigene Ressourcen mit. Wir sind deshalb für die 48 Parlamentssitze mit 46 Kandidatinnen und Kandidaten angetreten. Dazu kamen nochmals über 40 Personen, die für die JUSO oder die SP Second@s kandidierten. Wichtig war uns, einen Teamspirit zu entwickeln und die Kandidierenden optimal einzubinden. Dies erreichten wir insbesondere über die Basiskampagne.

## Basiskampagne durchführen

Dazu wurde eigens eine Campaignerin angestellt. Sie traf sich mit allen Kandidierenden zu einem Gespräch, bei dem geklärt wurde, wie die Person Wahlkampf machen wird. Sie organisierte Telefonaktionen (wir haben mit mehr als einem Drittel unserer Wählerinnen und Wähler telefoniert) und sorgte dafür, dass die Kandidierenden an den Aktionen teilnahmen. Gleichzeitig unterstützte sie die Eigeninitiative der Kandidierenden. Dabei zeigte sich, dass die Telefonaktionen andere Aktionen nicht konkurrenzieren, ganz im Gegenteil: Noch nie führten wir so viele Aktionen (Stände, Beizentouren, gesellige Anlässe) durch wie in diesem Jahr.

## Werbung immer im SP-Look

Kandidierende für die Exekutive und insbesondere das Stadtpräsidium sind Zugpferde für die Legislativwahlen. Deshalb war für alle Beteiligten immer klar, dass sämtliche Wer-

bemittel eindeutig als SP-Werbung erkennbar sein müssen. Die Werbung für Beat Züsli war in beiden Wahlgängen im klassischen SP-Look gestaltet, das SP-Logo gut präsent. Geschadet hat es ihm offensichtlich nicht.

## Final-call-Aktion

Entscheidend ist in Wahlen (gerade auf kommunaler Ebene) die Mobilisierung. Wir legten deshalb den Schwerpunkt unserer Kampagne auf die letzte Woche vor den Wahlen. In Quartieren mit tiefer Stimmbeteiligung, aber hohem SP-Wähleranteil hängten wir entsprechende Plakate. Daneben fanden etwa Pendleraktionen oder Beizentouren statt. Das Resultat: 30 % der SP-Stimmen wurden zwischen dem Freitagabend und dem Wahlsonntag abgegeben (bei den restlichen Parteien waren es ca. 24 %). Und etwas ganz Wesentliches zum Schluss: Der Wahlkampf hat allen Spass gemacht.

Simon Roth, Kampagnenleiter SP Stadt Luzern



Die Werbung für Beat Züsli war im klassischen SP-Look gestaltet. Geschadet hat es ihm offensichtlich nicht.

## BEZAHLBARE MIETEN? NUR MIT DEINER STIMME!\*

\* Wahlbeteiligung 2012 im Neustadtquartier: Lediglich 28.2%

JETZT  
WÄHLEN

Liste 5 

In Quartieren mit tiefer Stimmbeteiligung, aber hohem SP-Wähleranteil wurden entsprechende Plakate aufgehängt.



## Pierre Aubert †

Die SP trauert um ihren früheren Bundesrat Pierre Aubert. Der Neuenburger ist am 8. Juni im Alter von 89 Jahren verstorben. Pierre Aubert vertrat die SP von 1977 bis 1987 im Bundesrat. Als Aussenminister stand er für den Grundsatz einer aktiven Mitwirkung der Schweiz auf internationaler Ebene und setzte sich für die Entwicklungszusammenarbeit, ein stärkeres Engagement der Schweiz für die Menschenrechte und für den UNO-Beitritt ein.

Pierre Aubert wurde 1927 in La Chaux-de-Fonds geboren und begann seine politische Laufbahn 1960 im Stadtparlament von La Chaux-de-Fonds. Bereits 1961 wurde Pierre Aubert zusätzlich in den Grossen Rat des Kantons Neuenburg gewählt und ab 1971 vertrat er seinen Kanton als Ständerat in Bern.

Als Nachfolger von Pierre Graber wurde Pierre Aubert 1977 in den Bundesrat gewählt und übernahm von seinem Vorgänger und Parteikollegen das Aussendepartement. Politisch stand Pierre Aubert für eine moderne, offene Aussenpolitik, welche den weltweiten Dialog namentlich auch mit afrikanischen Staaten pflegte. Sein Einsatz für Entwicklungszusammenarbeit und für Menschenrechte ist bis heute aktuell. Pierre Auberts politisches Erbe lebt insbesondere in der UNO-Mitgliedschaft der Schweiz fort. Zwar fand Pierre Aubert mit seinem Anliegen für einen UNO-Beitritt 1986 noch keine Mehrheit. Doch bereitete er damit den Boden für die zweite, erfolgreiche UNO-Abstimmung von 2002.

**Voten, Reden, Referate: Texten und vortragen** D2.4.1618

20.–21.6., Trigon Bildungszentrum, Zürich  
Regeln der Rhetorik, verständliche Sprache sprechen, Aufbau einer Rede, Manuskripte vorbereiten und vortragen. Referent Felix Mätzler (Kommunikationsberater)

**Alles rund um den Lohn** D2.2.1602

23.6., Hotel Bern, Bern  
Rechtliche Grundlagen zu Lohn und Lohnbestandteilen wie Lohnfortzahlung bei Ferien und Unfall, Überstunden, Überzeit, Kurzabsenzen, Feiertage, Fallbeispiele, Analyse des eigenen Arbeitsvertrags. Referentin: Janine Junker (Rechtsanwältin)

**Welche Wahrheit schreibt die Zeitung?** D2.1.1609

24.6., Restaurant Aarhof, Olten  
Themenwahl und -gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger. Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

**Wie funktioniert unsere Wirtschaft?** D2.1.1611

27.6., Restaurant Aarhof, Olten  
Das ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften. ReferentInnen: David Gallusser (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

**Mit AHVplus gewinnen / Kampagnenschulung in Zusammenarbeit mit dem SGB**

23.6. in Chur – D4.3.1603/27.6. in Zürich – D4.3.1604/28.6. in Bern – D4.3.1605

Funktionsweise der Altersvorsorge, das ABC der AHV, Stand der Debatte im Eidgenössischen Parlament, Inhalt der Volksinitiative AHVplus, Argumentationstraining. Referentin: Christine Goll (Movendo)

**Generation 50plus: Mehr Schutz und Perspektiven** B2.1.1601

Tagung in Zusammenarbeit mit dem SGB  
1.7., NH Hotel, Freiburg  
Wirtschaftliche und soziale Situation älterer Arbeitnehmender, gewerkschaftliche Strategien und Massnahmen für Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und eine sichere Altersvorsorge. ReferentInnen: Doris Baumgartner (Soziologin), Paul Rechsteiner (Präsident SGB), Daniel Lampart (SGB), Jean Christophe Schwaab (Nationalrat), Doris Bianchi (SGB), Joëlle Racine (Unia), Barbara Spalinger (SEV), Andreas Rieger (Unia)

**Kollektive Entlassungen:**

**Was tun?** D1.8.1613  
25.–26.8., Solbadhotel, Sigriswil  
Konsultation, Alternativen zu Ent-

lassungen, Mobilisierung, Sozialplan. Referenten: Christian Gusset (Unia), Manuel Wyss (Unia)

**Mut zur Zivilcourage – eingreifen statt wegschauen!** D2.4.1614

5.9., Restaurant Aarhof, Olten  
Zivilcourage, Menschenrechte, Vorurteile, Diskriminierung, Rassismus, Gewalt. Referent: Giorgio Andreoli (Projektleiter)

**Effizient lesen – die Infoflut bewältigen** D2.6.1603

12.9., RomeroHaus, Luzern  
Eigener Umgang mit der Infoflut, Entwicklung persönlicher Auswahlkriterien, Techniken und Strategien für erhöhte Lesegeschwindigkeit und Merkfähigkeit. Referent: Michael Liechi (Erwachsenenbildner)

**AufbauSeminar für Mitglieder von Personalvertretungen**

D1.7.1609  
13.–15.9., Hotel Flora Alpina, Vitznau  
Erfahrungsaustausch und Standortbestimmung, Erfolgsfaktoren für die PV-Arbeit, Beteiligung der Mitarbeitenden, Sitzungsgestaltung, Gesprächsführung, Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Arbeitswelt. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

**Hochpreisinsel Schweiz: Politischer Skandal oder wirtschaftliche Notwendigkeit?**

D2.1.1607  
16.9., Restaurant Aarhof, Olten  
Preisbindung und Rolle der Preise, Inflation, Deflation und Kaufkraft, Globalisierung, internationale Freihandelsabkommen, «Gratiskultur». ReferentInnen: David Gallusser (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), 031 370 00 70  
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.  
Wir klären die Kostenfrage ab und informieren dich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– statt Fr. 390.–; respektive Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Bei Simon Roth ([simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

**SAMMELTAGE USR III-REFERENDUM**



Am 28. Juni beginnt die Unterschriftensammlung für das Referendum zur USR III. Dazu finden am 2. Juli und am 20. August in der ganzen Schweiz Sammelaktionen statt.

Unter [www.spschweiz.ch/usr3](http://www.spschweiz.ch/usr3) kannst du dich für eine der Aktionen anmelden – oder du kannst in deiner Gemeinde eine eigene organisieren und auf der Webseite eintragen.

Herzlichen Dank fürs Mitmachen!

**24. JUNI**  
Koordinationskonferenz  
Chur

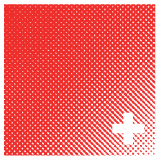
**25. JUNI**  
Delegiertenversammlung  
Chur

**2. JULI**  
a.o. Mitgliederversammlung der SP Frauen  
Bern

**4.–7. JULI**  
Sommeruni  
Chandolin

**2. DEZEMBER**  
Koordinationskonferenz  
Thun

**3./4. DEZEMBER**  
Parteitag  
Thun



TRANSPARENZ  
INITIATIVE

# WER STECKT MILLIONEN IN DIESE PLAKAT- KAMPAGNE?



**Für mehr Transparenz  
in der Politikfinanzierung.  
Jetzt unterschreiben!**

**SP**